

Wie steht DIE LINKE zum Rundfunkbeitrag?

Am Rundfunkbeitrag wäre fast die Regierung in Sachsen-Anhalt zerbrochen. Die CDU lässt sich von denjenigen treiben, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) am liebsten abschaffen wollen im Interesse der großen Medien-Konzerne und um Meinungsvielfalt zu behindern.

DIE LINKE im Landtag hat sich für die Beitragserhöhung ausgesprochen, allerdings auch strukturelle Reformen in den Sendern, eine Absenkung der Spitzgehälter und stärkere soziale Komponenten bei dem Beitrag eingefordert. Solche Veränderungen müssen in den Verwaltungsräten der Rundfunkanstalten beraten und durchgesetzt werden – und da sitzen die Leute auch von der CDU drin, die Jahre Zeit gehabt hätten, solche Veränderungen durchzusetzen.

DIE LINKE im Landtag hat sich für die Beitragserhöhung ausgesprochen, um die Funktionsfähigkeit der Sender zu erhalten. Zugleich haben wir Fragen und Kritik, die unbedingt weiter bearbeitet werden müssen. Parteipolitische oder staatliche Beeinflussung der Inhalte muss strikt unterbunden werden. Durch finanzielle Unabhängigkeit und Festanstellung der Journalistinnen und Journalisten, der Redakteurinnen und Redakteure, der Kameraleute, Tontechniker*inne sowie aller anderen an der Produktion beteiligten muss eine hohe Qualität und wirkliche Vielfalt der Berichterstattung gewährleistet werden.

Zum Jahr 2013 wurde das gerätegebundene Gebührensystem auf einen pauschalen Haushaltsbeitrag umgestellt. Unsere Kritik von damals hat sich als berechtigt herausgestellt: Es kam zu einer Vielzahl sozialer Ungerechtigkeiten, die dringend beseitigt werden müssen. Deshalb spricht sich DIE LINKE für eine neue Festlegung der sozialen Ausnahmetatbestände aus. Geringverdiener, Studierende und Bezieher von Niedrigrenten sollen ebenso wie Arbeitslose in Hartz IV mit Zuverdienst die Möglichkeit zur Befreiung erhalten. Um einen dadurch bedingten Gebührenaufschlag zu kompensieren, sollen die Arbeitsagenturen und Jobcenter sowie sonstigen Träger von sozialen Leistungen für deren Empfänger die Gebühr übernehmen.

Andererseits ist DIE LINKE für Beitragssenkungen, zum Beispiel im öffentlichen Nahverkehr, der auf eine andere finanzielle Basis gestellt werden muss. Ab Schuljahr 2021, so der Beschluss im Stadtrat, fahren alle Schülerinnen und Schüler zum Nulltarif in Magdeburg. Wir sind für die Abschaffung aller Kita-Gebühren. Durch solche Gebührensenkungen wäre die geringe Erhöhung des Rundfunkbeitrages kompensiert.

Selbstverständlich gibt es auch innerhalb der Linken unterschiedliche Meinungen zu diesem Thema. Hier ein Beitrag von Nicole Anger, die wegen ihrer Tätigkeit in der Kinder- und Jugendarbeit sowie beim Paritätischem Gesamtverband ehrenamtlich im MDR-Rundfunkrat und im ARD-Programmbeirat mitarbeitet.

Rundfunkbeitrag: Wer Reformen will, muss sich an diesen auch beteiligen

Seit Wochen dominiert ein Thema das Land – es geht um die geplante Erhöhung des Rundfunkbeitrages. Und man hat den Eindruck, je mehr man liest und hört, desto undurchsichtiger wird das alles. Die Frage, die sich nun alle stellen, lautet: Brauchen wir eine Erhöhung des Rundfunkbeitrages, und was finanziert dieser eigentlich alles und können wir wirklich nichts sparen?

Aber mal der Reihe nach. Der Rundfunkbeitrag selbst stellt für uns einen unabhängigen, öffentlich-rechtlichen Rundfunk sicher. Damit werden Das Erste, ZDF, Deutschlandradio, die 9 Rundfunkanstalten in den Ländern mit ihren Programmen wie der mdr bei uns, sowie 3sat, Arte,

Phoenix und auch KiKa finanziert. Insgesamt sind das 21 Fernsehsender und 74 Radiosender, die der öffentlich-rechtliche Rundfunk bundesweit unterhält.

Aber mit einem Teil des Rundfunkbeitrages werden auch die Landesmedienanstalten finanziert. So unsere MSA – Medienanstalt Sachsen-Anhalt – mit Sitz in Halle. Die MSA ist nicht nur für die Zulassung und Kontrolle privater Hörfunk- und Fernsehveranstalter mit Sitz in unserem Bundesland zuständig. Sie zeichnet auch verantwortlich für die Kontrolle der Einhaltung des Jugendmedienschutzes und die Vermittlung der Medienkompetenz im Land. Dazu bietet die Landesmedienanstalt medienpädagogische Workshops für alle Menschen an und fährt auch mit dem Medienmobil durchs Land. Ein weiterer wichtiger Aspekt der MSA ist die Förderung unserer Bürgermedien – also der Offenen Kanäle. Die Offenen Kanäle leisten einen wichtigen gesellschaftlichen und auch medienpädagogischen Auftrag. Sie tragen nicht unwesentlich zur Meinungsvielfalt bei. Man sieht das gut am Offenen Kanal Magdeburg, der täglich von mehr als 8.000 Nutzer*innen angeschaltet wird.

Aktuell beträgt der Rundfunkbeitrag 17,50 Euro. Er war aber schon mal höher. 2009 wurde er auf 17,98 Euro festgesetzt und dann nach Empfehlung der KEF – die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs – 2015 reduziert. Nun aber soll er um genau 86 Cent erhöht werden. Und ja, man kann sicherlich streiten, und man muss es vor allem sachlich diskutieren, ob und welche Einsparungen erforderlich sind beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Nur muss man das zwischen den KEF-Berichten tun. Alle zwei Jahre legt die KEF einen Bericht zur Lage der Finanzierung der Rundfunkanstalten vor. Man kann also auch nicht sagen, man habe von nichts gewusst. Wer das tut, drückt sich um seine Verantwortung. Des Weiteren haben wir in allen Rundfunkanstalten Gremien, die sich auch mit Strukturen der Rundfunkanstalten, ihren Wirtschaftsplänen befassen und ebenso die Einhaltung der Programmgrundsätze überwachen – die Rundfunkräte. Das sind Orte der gesellschaftlichen Mitbestimmung im Rundfunk, nur hört man dort von den lauten Kritiker*innen eher selten Konstruktives. Im Gegenteil: Wirtschaftspläne werden Jahr für Jahr eher durchgewunken als diskutiert, Einsparungen am Gremium selbst wurden versucht zu verhindern und auch die Öffentlichkeit der Sitzung sollte es besser nicht geben, ginge es nach ihnen. Als LINKE haben wir hier immer wieder Debatten angeschoben, Fragen aufgeworfen und auch Erfolge gehabt – vor allem die Öffentlichkeit der Sitzung ist auf unsere Vehemenz zurückzuführen. Warum das konservative Lager kein Interesse an einer Öffentlichkeit der Sitzungen hatte, scheint allen klar zu sein. Wie gesagt, es kann niemand sagen, man hätte es nicht sehen können. Zumal auch die KEF durch Personalien auf Vorschlag der Ministerpräsident*innen besetzt wird. Reiner Haseloff hat seinen CDU-Parteifreund und Präsidenten des Landesrechnungshofes Kay Barthel entsendet.

Sicher: Eine Beitragserhöhung ist immer schwer zu vermitteln. Dennoch ist es richtig, dieser jetzt zuzustimmen. Doch dann ist die Fortführung unserer Debatte zu Strukturreformen und möglichen Einsparungen zwingend erforderlich. Dazu müssen wir vordergründig folgende Punkte diskutieren:

1. Anzahl und Strukturen der Sender: Gibt es Synergien, die man stärker nutzen kann? Gerade bei den Spartensendern wie Phoenix und Tagesschau 24 liegen die eigentlich auf der Hand. Daher müssen wir reden, wie wir die Sender zukunftssicher und dennoch mit Programmvielfalt aufstellen können?
2. Auch müssen wir eine Debatte über die Gehälter der Intendant*innen führen. Diese tragen ganz klar die Verantwortung für gesellschaftsrelevante Einrichtungen und zahlreiche Mitarbeiter*innen – beim mdr sind es etwas mehr als 2.000 Beschäftigte. Aber es ist auch unverhältnismäßig, dass Intendant*innen mehr als das Doppelte bekommen als der Bundespräsident. Ein erstes Signal der Bereitschaft zu Einsparungen wäre es, wenn die Intendant*innen umgehend auf kommende Gehaltserhöhungen verzichten würden – wie es

bspw. bereits Frau Professorin Wille seit 2013 vom mdr tut. Grundsätzlich fordern wir als LINKE ein Gehalt der Intendant*innen vergleichbar mit Ministerpräsident*innen.

3. Und letztlich müssen wir auch noch mal über das Modell des Beitrages als solches reden. Ein Beitrag, immer gleich, egal ob ich viel oder wenig verdiene, ist nicht solidarisch - trotz der Befreiungstatbestände für bspw. Empfänger*innen von Sozialleistungen, Grundsicherung oder Blindengeld. Es braucht auch für Menschen mit weniger Einkommen einen geringeren Beitrag als für Menschen mit einem sehr hohen Einkommen.

Wer sich allerdings bereits heute über Wiederholungen, alte Kamellen, viele Rateshows (es ist alles eine Frage des Geschmacks) wundert oder sich manchmal auch darüber aufregt – es sind Auswirkungen der bereits laufenden Einsparungen. Ob das der richtige Ansatz ist, oder man nicht besser an den vorab genannten Punkten diskutieren und sparen sollte, und wie das gelingen kann, das müssen wir nach der Neufestsetzung des Rundfunkbeitrages als nächstes und zwar sofort angehen.

Letztlich wird durch die Debatte vor allem eins klar: Die Durchsichtigkeit des Manövers der CDU. Sich in Rundfunkratsdebatten zurückhalten, von außen lauthals Reformen fordern, wenn der Preis auf dem Tisch liegt, so zu tun als sei man entsetzt und den Eindruck erwecken, man würde die Mehrheit der Menschen vertreten. Gerade in der aktuellen Zeit, wo wir von Filterblasen und Fake-News dauerhaft umgeben sind, steigt der Wert des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit unabhängigem Journalismus und einem vielfältigen Programm mit Dokumentation, Reportagen, Filmen und Krimis, aber auch einem anspruchsvollen Kinderprogramm und guter Unterhaltung. Diesen gilt es daher jetzt, gegen die demokratiefeindlichen Kräfte zu schützen. Aber die CDU legt lieber die Axt an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, und damit gleichzeitig an die Kenia-Koalition. Die Ablehnung der Erhöhung des Rundfunkbeitrages durch die CDU ist ein Wahlmanöver mit unsäglichen Konsequenzen und wird in der Konsequenz vor allem die Menschen im Land treffen – politisch, wirtschaftlich und sozial!

Nicole Anger